

LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
174 · Ausgabe BL·BS · Februar 2018



LINKS



Eigentümerstrategie für die Uni Basel – Quo vadis oder viel Wind um nichts?

Die Regierungen beider Basel haben kurz vor Weihnachten eine bikantonale Eigentümerstrategie für die Universität Basel verabschiedet. Der Leistungsauftrag für die Jahre 2018–2021, der auf dieser Strategie basieren sollte, war zu diesem Zeitpunkt bereits formuliert und von den Parlamenten verabschiedet. Die Strategie ist so wirkungslos wie nichtsagend und erweckt den Anschein einer Pflichtübung der Verwaltung.

Abgesehen davon, dass eine Strategie für nur eine Vierjahresperiode keine wirkliche Steuerung ermöglicht, muss der Prozess überdacht werden. Während das Recht der Universität auf Selbstverwaltung grundlegend ist, müssen der demokratische Mitwirkungsprozess und die Einflussmöglichkeiten der Parlamente über die Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission gestärkt werden. Dabei muss sich die Rolle dieser IGPK von einem nur retrospektiv kontrollierenden zu einem auch beratenden Gremium wandeln. Denn mit einer dadurch verbesserten Einbindung der Parlamente kann das Schaffen von *Faits accomplis* verhindert werden, das sonst oft partnerschaftliche Geschäfte belastet.

Der Staatsvertrag von 2007 über die gemeinsame Trägerschaft der



Sibylle Benz,
SP-Grossrätin Basel-Stadt



Roman Brunner,
SP-Landrat Basel-Land

Universität Basel war ein echter Meilenstein. Auf dieser Grundlage hat die Uni nun über zehn Jahre neue Wegmarken gesetzt. Nun soll alles anders werden. Zum ersten Mal wird in den kommenden Jahren auf Druck des Landrats an der Uni gespart. Mit kurzfristigen und verantwortungslosen Sparideen die Uni Basel zu einer in Lehre und Forschung ranglosen Provinzuni zu machen, ist aber ein gefährliches Spiel. An eine solche Uni will dann niemand mehr, weder als Dozentin noch als Student. Auch eine Erhöhung der Semestergebühren kommt nicht infrage. Denn universitäre Bildung muss weiterhin für alle zugänglich sein.

Die gemeinsame Trägerschaft der beiden Kantone bedingt eine partnerschaftliche Finanzierung, die sich nicht immer einseitiger zu Lasten von Basel-Stadt verschieben darf. Es mag ein gangbarer Weg sein, sich an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Kantone zu orientieren. Das Ressourcenpotenzial der Kantone bietet sich als faire und objektiv ermittelte Berechnungsgrundlage an, mit der sich die Finanzierung dynamisch entsprechend der Leistungsfähigkeit der Kantone entwickeln kann.

Die Idee, dass man unter den Schweizer Unis zusammenarbeiten soll, ist schon lange bei den Verantwortlichen der Hochschulkonferenz angekommen. Solche Vorschläge, wie von den Baselbieter Bürgerlichen jüngst wieder hervorgekramt, erscheinen zunächst als überflüssige Effekthascherei, bei welcher der Berg eine Maus gebiert. Doch leider sind sie viel gefährlicher, vor allem, wenn diese Mäuse am Bestand von ganzen Fakultäten nagen, die Mäusegänge das Gebäude der Uni aushöhlen und irreparable Schäden anrichten.

Sinnvoller ist es, den spezifischen Standortvorteil der Uni Basel zu nutzen, auch die Kooperation mit den Hochschulen am Oberrhein zu intensivieren, ohne den Anspruch auf eine Volluniversität aufzugeben. Universitas bedeutet Gesamtheit (der Dinge) und verlangt eben gerade nach einem Denken in Zusammenhängen. Eine Zerschlagung einzelner Fakultäten ist dafür ein absolutes No Go. Es ist Zeit, die Entwicklung der Uni nach dem rechtsbürgerlichen Abbauwahn wieder in konstruktive Bahnen zu lenken und die Weichen für die Universitätsstrategie 2030 zu stellen.

Mitbestimmung für alle!

In einer Demokratie sollen alle Menschen, die von einer Entscheidung betroffen sind, mitbestimmen. Auch heute, 50 Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts, ist dieses Grundversprechen der Demokratie noch immer nicht eingelöst.

Über ein Drittel der Baselbieter Bevölkerung wird nach wie vor von der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen, entweder weil angeblich zu jung, oder weil der Pass die falsche Farbe trägt. Die Demokratie-Initiativen bieten uns die Möglichkeit, diesen Missstand auf kantonaler Ebene zu beheben. Die beiden Initiativen verlangen das aktive Stimmrecht für Niedergelassene und Menschen ab 16 Jahren im Kanton Baselland. Das Recht auf Mitbestimmung muss allen Menschen zustehen, unabhängig vom Alter oder der Herkunft.

Niedergelassene und junge Menschen sind von den politischen Entscheidungen, die heute getroffen werden, genauso betroffen wie alle anderen. Sie sind genauso betroffen, wenn wir darüber abstimmen, ob das Läufelfingerli weiterfahren soll oder ob ein Luxusstrassen-Projekt wie ELBA umgesetzt werden soll.

Politik muss allen Menschen verpflichtet sein. Wenn ganze Bevölkerungsgruppen ausgeschlossen werden, wird es plötzlich profitabel, Politik auf dem Buckel jener Menschen zu betreiben, die sich an der Urne nicht wehren können.

So wird im Baselbiet schonungslos bei der Bildung abgebaut, weil jene, die direkt betroffen sind, ihre Stimme nur auf der Strasse erheben können und nicht im Abstimmungslokal. Das muss sich ändern. Deswegen sagen wir am 4. März klar JA zu den Demokratie-Initiativen.

Ronja Jansen, Co-Präsidentin JUSO Baselland
Nils Jocher, Co-Präsident JUSO Baselland



Strukturreform der SP Baselland

Im Hintergrund hat während des Jahres 2017 eine von der Geschäftsleitung eingesetzte Arbeitsgruppe die Strukturen und Abläufe in der SP Baselland untersucht. Ziel waren unter anderem die Verbesserung der Arbeitsweise und der Zusammensetzung der Geschäftsleitung und vor allem eine Stärkung der Sektionen im Leben der Kantonalpartei. Die erarbeiteten Analysen und Änderungsvorschläge wurden zuerst der Geschäftsleitung und später auch der Sektionskonferenz vorgestellt. Anregungen sind aufgenommen worden und im Januar 2018 von der Geschäftsleitung zuhanden der Geschäftsdelegierten-Versammlung 2019 beschlossen.

An dieser Stelle können nur die wichtigsten Punkte knapp skizziert werden. So wird die Geschäftsleitung von 15 auf 9 Mitglieder

verkleinert. Die Sektionskonferenz wird zur Koordinationskonferenz (Koko) aufgewertet, die künftig doppelt so häufig, also viermal jährlich tagen wird. Diese besteht vor allem aus den Sektionspräsidien, die hier konsequent in die Planung von Kampagnen und Projekten einbezogen werden. In der Koko erhalten auch die bisher in der GL vertretenen Gruppierungen (JUSO, SP 60+, SP Frauen und die SP MigrantInnen) Einsitz, ebenso wie die SP-VertreterInnen im National- und Ständerat.

Die weiteren Neuerungen sowie die Details zu den Statutenänderungen können den Unterlagen für die GDV vom 14. April 2018 entnommen werden, die auch auf der Webseite aufgeschaltet werden.

Ruedi Brassel, Parteisekretär

KANDIDIERENDE GESUCHT!

Nomination für den Regierungsrat

Wer Interesse an einer Nomination für die Regierungsratswahl hat, soll das in ihrer oder seiner Sektion anmelden, damit diese einen Nominationsvorschlag einreichen kann. Das Vorgehen für die Nomination sieht folgendermassen aus:

14.4.2018: Entscheid der GDV über die Anzahl der Kandidaturen

bis 31.5.2018: Nominationsvorschläge der Sektionen an GL der SP BL

20.6.2018: a.o. DV mit Nomination der Regierungskandidatur (abhängig von DV-Entscheid am 14.4.)

Nominationen für den Landrat

Auch die Nominationen für den Landrat finden über die Sektionen und die Wahlkreise statt. Die Sektionen und Wahlkreise reichen ihren Listenvorschlag bis zum 30. Juni 2018 bei der SP BL ein. Wer Interesse an einer Landratskandidatur hat, soll das möglichst rasch beim Sektionspräsidium anmelden.

Die definitive Nomination nimmt die Wahldelegierten-Versammlung vom 25. August 2018 vor.

Job als CampaignerIn

Die SP Baselland bietet für die Vorbereitung und Begleitung der Basiskampagne vom September 2018 bis Ende März 2019 zwei 60 %-Stellen für CampaignerInnen an.

Mehr Infos auf www.sp-bl.ch, Auskunft: Samira Marti (079 128 78 35), Bewerbungen bis zum 12. Februar 2018 an: info@sp-bl.ch

PAROLEN FÜR DEN 4. MÄRZ 2018

Parolen kantonal

Unvereinbarkeit Bundesversammlung/Regierung:	JA
Stimmrecht für Niedergelassene:	JA
Stimmrecht mit 16:	JA
Fairness-Initiative:	JA

Parolen national

Finanzordnung 2021:	JA
No Billag:	NEIN

AGENDA SP BL

- Dienstag, 6. März, 14.30 Uhr
Versammlung SP 60+ BL und BS
Restaurant Bundesbahn, Hochstrasse 59, Basel
- Mittwoch, 14. März 2018, 19.15 Uhr
Sektionskonferenz
Koordination und Austausch der Sektionen. NSH, Basel
- Samstag, 14. April 2018, 13.30 Uhr
Geschäftsdelegiertenversammlung
Schulhaus Gartenhof, Lettenweg 30, 4123 Allschwil
- Freitag bis Sonntag, 20. bis 22. April 2018
Bildungsweekend SP BL
Balmberg – Anmeldung: <https://www.sp-bl.ch/bildungsweekend>
- Dienstag, 24. April, 14.30 Uhr
Versammlung SP 60+ BL und BS
Gast: Helmut Hubacher
Restaurant Bundesbahn, Hochstrasse 59, Basel

Grosse Pläne für ein neues Quartier

DIE STÄDTEBAULICHE ENTWICKLUNG DES HAFENAREALS IN KLEINHÜNINGEN IST IN LETZTER ZEIT AUS DEN SCHLAGZEILEN VERSCHWUNDEN. JÜNGST JEDOCH GAB EINE MOTION IM GROSSEN RAT ZU REDEN, WELCHE DIE BAUENTWICKLUNG AUF DEM AREAL AUF JAHRZEHNTE HINAUS VERHINDERT HÄTTE. NACHDEM IM PARLAMENT DIE MOTION ZÜRCHER EINDEUTIG ZURÜCKGEWIESEN WURDE, KANN JETZT WEITERGEPLANT WERDEN.

Bevor jedoch die städtebauliche Entwicklung zum Zug kommt, müssen für die Hafenlogistikprojekte die Finanzierung gesichert und die Baubewilligungen erarbeitet werden. Die Infrastruktur des Hafens soll mit einem trimodalen Containerterminal, einem neuen Hafenbecken und einer optimierten Hafenbahn ausgebaut werden. Durch das neue Hafenbecken (Hafen 3) soll ein Terminal entstehen, sodass die Ware an einem Ort direkt von den Schiffen auf die Schiene und Strasse bzw. umgekehrt umgeladen werden kann.

Grösste Verkehrsdrehscheibe der Stadt

Diese Investitionen in die Hafeninfrastruktur sichern und stärken den Basler Hafen, der nicht nur als grösste Verkehrsdrehscheibe der Stadt, sondern auch als nationale Güterverkehrsinfrastruktur eine grosse Bedeutung hat. Der Neubau des Hafenbeckens 3 kostet ca. 140 Millionen Franken. Ein Teil der Kosten soll durch die Einnahmen aus den Immobilien für Geschäfts- und Wohnbauten refinanziert werden. Mit diesen Investitionen bietet sich für den Kanton Basel-Stadt die Möglichkeit, am Rhein ein neues Stadtquartier zu schaffen.

Zusätzlicher Wohnraum am Rhein

Wie die Pläne (siehe Abbildung) der Regierung zeigen, ist im Inselbereich West- und Klybeckquai auch Wohnraum geplant. Gerade die attraktive Lage direkt am Rhein weckte in der Vergangenheit bei verschiedenen Gruppierungen Begehrlichkeiten. Einige befürchten an diesem Ort ein «Rheinhattan», ein Luxusresort für die Gutbetuchten. Andere wiederum sehen auf dem Areal die Chance zu einem ökologischen Vorzeigemodell. Auch diverse PolitikerInnen haben in der Vergangenheit ihre Forderungen im Parlament deponiert.

Gemeinnützigen Wohnraum ermöglichen

Die SP Basel-Stadt forderte bereits 2013 mit einem Anzug von René Brigger, dass der gemeinnützige Wohnungsbau bei der Hafen- und Stadtentwicklung Klybeck-Kleinhüningen massgeblich berücksichtigt werden



Quelle: Bau- und Verkehrsdepartement Basel-Stadt

soll. Mit ihrem Wohnpositionspapier hat sich die SP Basel-Stadt dem gemeinnützigen Wohnungsbau verschrieben. Sie wird sich in Zukunft dafür einsetzen, dass der Anteil an gemeinnützigen und kostengünstigen Wohnungen auf dem Areal möglichst hoch sein wird. Denn bezahlbarer Wohnraum muss

auch auf neuen Arealen weiterhin möglich sein. Doch bis diese Pläne fertig sind, wird noch viel Wasser den Rhein hinunterfliessen. Und die Baslerinnen und Basler können weiterhin von den vielfältigen Zwischennutzungen profitieren.

Patrick Dubach, Parteisekretär



Nachgefragt bei Philipp Schuler, Co-Präsident Quartierverein Horburg-Kleinhüningen und Vizepräsident JUSO BS

Gemäss dem Regierungsrat soll am Klybeckquai und Westquai eine Durchmischung von Wohnen und Arbeiten, mit vielfältigen wirtschaftlichen Nutzungen, Kultur und Freizeit entstehen. Was hältst du von diesem Konzept?

Ich halte nichts davon, dass Klybeck- und Westquai überbaut werden. Die heutige Nutzungsintensität der Freiflächen in Basel ist sehr hoch, die heutigen BewohnerInnen und die Tausende, die neu ins Quartier ziehen, brauchen mehr Platz. Deshalb werbe ich seit langem dafür, dass dort ein grosser Stadtpark entstehen soll. In diesem müssen kulturelle Nutzungen, die an die heutige Zwischennutzung anknüpfen, entwickelt werden. Auch ein permanenter Standort für den Wagenplatz wäre dort gut integrierbar.

AGENDA SP BS

- Sonntag, 4. März
Nationale und kantonale Abstimmung
Parolen:
NEIN zu «Abschaffung der Billag-Gebühren»
JA zur «Finanzordnung 2021»
NEIN zur «Ruhegehalts-Initiative»
JA zu «Nachhaltige und faire Ernährung»
- Donnerstag, 8. März, 20 Uhr, Sekretariat, 4. Stock des GWH
Sitzung Parteivorstand BS
- Mittwoch, 14. März, 20 Uhr, Restaurant Volkshaus, Basel
Delegiertenversammlung BS
- Mittwoch, 28. März, 19 Uhr
Jahresversammlung der SP Frauen BS
- Donnerstag, 12. April, 20 Uhr, Sekretariat, 4. Stock des GWH
Sitzung Parteivorstand BS
- Samstag, 14. April, 9.15 bis 15 Uhr
Bildungsreihe der SP Basel-Stadt
- Donnerstag, 19. April, 19.30 Uhr, Restaurant Volkshaus, Basel
Jahres-Delegiertenversammlung BS

AUS DEM GROSSEN RAT

4 Vorstösse im Bereich Wohnen

Kaum ist das Wohnpositionspapier Ende November 2017 verabschiedet worden, liegen bereits die ersten Umsetzungspläne als Vorstösse auf dem Tisch. Mit der Einreichung eines Vorstosspakets will die SP Basel-Stadt eine soziale und nachhaltige Wohnpolitik im Kanton vorantreiben.

Motion P. Pfister: Anpassung der Grundstückgewinnsteuer

Der spekulative Handel mit Immobilien ist einer der Gründe, weshalb günstiger Wohnraum verschwindet. So wird dem Eigentümer beispielsweise nach §109, Art. 4 des kantonalen Steuergesetzes eine Steuersatzreduktion abhängig von der Investitionsquote gewährt, was dazu führt, dass Luxus-Sanierungen den Steuersatz massiv senken. Um den spekulativen Handel mit Immobilien einzuschränken, soll deshalb § 109, Art. 4 ersatzlos gestrichen werden.

Anzug J. Vitelli: Wiedereinführung «Fonds de Roulement»

Mit einem Maximalbetrag von zehn Mio. Franken konnte der Regierungsrat früher rasch eine Liegenschaft mit Wohn- und/oder Kleingewerbe-nutzung erwerben. Diese konnte er in der Folge unter Nutzungsaufgaben an Dritte weiterveräussern. Das 1976 eingeführte Gesetz wurde 1996 abgeschafft, weil es angeblich zu wenig genutzt wurde. Da die Situation auf dem Wohnungsmarkt sich geändert hat, soll der Regierungsrat prüfen, ob der Fonds de Roulement wieder eingeführt werden kann.

Anzug B. Greuter: Höhere Vergütung von betreutem Alterswohnen

Ältere Menschen haben oft den Wunsch, so lange wie möglich in ihrer eigenen Wohnung leben zu können statt in einem Pflegeheim. Mit der Erhöhung des maximalen Betrages



Jörg Vitelli, Grossrat SP BS

von 4800.– pro Jahr auf beispielsweise 10 000.– pro Jahr könnten ältere Menschen mit einem höheren Betreuungsbedarf weiterhin in ihrer Wohnung bleiben, da sie sich die benötigte Betreuung dazu auch leisten können.

Anzug R. Brigger: Stopp den Wohnraumfressern

In den letzten Jahren wurden immer mehr Wohnungen in Appartementshäuser umgewandelt oder als B & B und Airbnb genutzt. Die SP will nun von der Regierung wissen, wie viele Einheiten dem Wohnungsmarkt entzogen wurden und wie sie das Problem in den Griff bekommen will. Weiter sollen alle nicht bewilligten Betriebe nachträglich ein Baugesuch einreichen. Die Gesuche sollen streng nach den Kriterien des Wohnraumförderungsgesetzes beurteilt werden. Bei abgelehnten Gesuchen muss die Rückumwandlung in Wohnraum kontrolliert werden.

AUS DEM LANDRAT

Lohnungleichheit?

In diesem Jahr feiern wir im Kanton Baselland 50 Jahre Frauenstimmrecht. Ein denkwürdiger Geburtstag. Sind wir in dieser Zeit in der Gleichstellung der Geschlechter nicht doch ein ganzes Stück weitergekommen? Nach gut 50 Jahren, könnte man meinen, sollten die rechtliche und die tatsächliche Gleichstellung nicht mehr so weit auseinander klaffen. Leider ein Irrglaube. Noch immer braucht es den tagtäglichen Einsatz für Gleichstellungsanliegen. Dies beweist – leider als negatives Beispiel – der Kanton Baselland, der sich beharrlich weigert, die Charta zur Lohnungleichheit zu unterzeichnen. Schauen wir das Beispiel der Lohnungleichheit konkret an:

Seit Jahrzehnten ist die Lohnungleichheit in der Bundesverfassung und im Gleichstellungsgesetz verankert. Und trotzdem: Frauen verdienen immer noch durchschnittlich 20 % weniger, wie eine Studie



Miriam Locher ist Präsidentin der SP-Landratsfraktion

verdeutlicht (BFS). Das kann und darf nicht sein. Mit dem SP-Vorstoss für Lohnüberprüfungen nach Geschlecht greift die SP Baselland deshalb den Bereich der Lohnkontrollen auf. Solche werden zwar (wie aus der Antwort auf meine Interpellation hervorgeht) durchgeführt. Aber leider differenzieren sie nicht nach dem Geschlecht. Damit verschliessen sie bewusst die Augen vor dem Tatbestand effektiver Diskriminierung. Lohnkontrollen sind durch Steuergelder finanziert. Diese Steuergelder finanzieren also eine Ungleichbehandlung von Männern und Frauen.

Weshalb man nicht genauer hinschauen will, konnte mir der Regierungsrat nicht erklären. Trotzdem ist er nicht bereit, unsere Motion entgegenzunehmen. Dies mit haarsträubenden Ausreden. Unter anderem ist zu lesen, dass der Anteil der Frauen im Baugewerbe gering sei.

Und deshalb spielt also Lohnungleichheit keine Rolle? Wie absurd. Und ja, Lohnkontrollen mögen Betriebe etwas kosten. Das Kostenargument für Betriebe ab 50 Mitarbeitende ist in unseren Augen nicht stichhaltig – angesichts der Pflicht zur Einhaltung der Lohnungleichheit und vor allem vor dem Hintergrund der Diskriminierung von Frauen und somit einer Zuwiderhandlung gegen das Gleichstellungsgesetz. Es hat sich gezeigt, dass Selbstdeklaration nicht reicht. Deshalb braucht es verbindliche Kontrollen. Die rechte Mehrheit reagiert mit Ignoranz und Arroganz auf unsere Vorstösse und weigert sich standhaft, einen wichtigen Schritt in Richtung gelebte Gleichstellung zu gehen. Wir bleiben am Thema dran. Denn Lohnungleichheit ist kein Geschenk an die Frauen, sondern ein Recht und ein Verfassungsauftrag, der unverzüglich umgesetzt werden muss!